

# Stadt Roßlau

Markt 5, 06862 Roßlau  
Tel.: 034901/630, Fax: 034901/63400

---



## Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Stadtrates am 22.09.2005

**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:05 Uhr  
**Sitzungsort:** Rathaus Roßlau, Ratssaal

### Anwesend:

#### **Vorsitzende:**

Frau Christa Müller

#### **Bürgermeister:**

Herr Klemens Koschig

#### **Ratsmitglieder:**

Herr Rainer Augustin  
Herr Burkhard Bader  
Herr Kurt Brumme  
Herr Hans-Peter Dreibrodt  
Herr Lutz Föse  
Herr Rainer Gerdung  
Frau Sylvia Gernoth  
Herr Klaus-Peter Henkel  
Herr Dirk Hofmeister  
Herr Axel Kaczmarek  
Herr Helmut Kläre  
Herr Günter Koroll  
Herr Andre Kulas  
Frau Dörte-Sabine Liensdorf  
Herr Hans-Joachim Mau  
Frau Christiane Mitsching  
Herr Hubert Pfennigsdorf  
Frau Hannelore Sauermilch  
Herr Andreas Schwierz  
Herr Gerhard Seibt  
Frau Siglinde Sumpf

Herr Klaus Tonndorf  
Herr Wolfgang Tremer  
Herr Peter Vester  
Herr Jörn von der Heydt  
Herr Lutz Weiland  
Herr Dieter Wilke

**Verwaltung:**

Frau Ingrid Böning  
Frau Sabine Falkensteiner  
Frau Angela Hahm  
Frau Sabine Knaut  
Frau Esther Riemann  
Herr Wolfgang Schmieder

**es fehlten:**

**Tagesordnung:**

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der form- und fristgemäßen Ladung
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
4. Genehmigung der Tagesordnung und der vorliegenden Anträge
5. Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der Sitzung vom 16.06.2005
6. Behandlung folgender Tagesordnungspunkte:
  - 6.1. Bericht der Stadtverwaltung
  - 6.2. Einwohnerfragestunde
  - 6.3. Anfragen der Stadträte an den Bürgermeister
  - 6.4. Jahresabschluss Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH 2004  
Vorlage: BV/0402/05-I/80
  - 6.5. Jahresabschlussprüfung Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH 2005  
Vorlage: BV/0403/05-I/80
  - 6.6. Jahresabschluss ROWA 2004  
Vorlage: BV/0416/05-I/80

6.7. Jahresabschluss WIR 2004  
Vorlage: BV/0419/05-I/80

6.8. Gesellschafterdarlehen für die WIR  
Vorlage: BV/0434/05-I/80

6.9. Rücklagenentnahme zur Verlustdeckung Geschäftsjahr 2004 der IHR  
Vorlage: BV/0421/05-I/80

Jahresabschluss 2004 Industriehafen Roßlau GmbH  
6.10. Vorlage: BV/0420/05-I/80

Gesellschafterdarlehen Industriehafen Roßlau GmbH  
6.11. Vorlage: BV/0432/05-II/90

Verkehrsentwicklungsplan  
6.12. Vorlage: BV/0409/05-III/66

Wasserverband Westfläming - Wahl Vertreter der Stadt Roßlau  
6.13.

Dringlichkeitsbeschluss gemäß § 62 Abs. 4 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt  
6.14.

## **Niederschrift**

### **1. Eröffnung der Sitzung**

Die 9. Sitzung der 4. Wahlperiode des Stadtrates Roßlau wird durch die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller, eröffnet.

Sie übergibt das Wort an den Bürgermeister, Herrn Koschig.

Der Bürgermeister, Herr Koschig, gratuliert Herrn Schwierz zur Ernennung zum Ausländerbeauftragten der Stadt Dessau und Frau Falkensteiner als Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Dessau und wünscht ihnen viel Erfolg bei ihren zukünftigen Aufgaben. Die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller, schließt sich den Glückwünschen an.

### **2. Feststellung der form- und fristgemäßen Ladung**

Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht.

### **3. Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Zu Beginn der Sitzung sind 24 Stadträte plus Bürgermeister anwesend. Somit ist der Stadtrat mit 25 Stimmberechtigten beschlussfähig.

### **4. Genehmigung der Tagesordnung und der vorliegenden Anträge**

Frau Müller bittet um eine Änderung in der Reihenfolge der Tagesordnung. Der TOP 6.11 sollte als TOP 6.8 behandelt werden, um die Thematik der WIR zusammen abzuarbeiten.

Herr Kläre, Fraktion CDU

Herr Kläre stellt den Antrag, den TOP 6.11 von der Tagesordnung zu streichen. Denn bis zum heutigen Zeitpunkt ist der Aufsichtsrat der WIR über diesen Vorgang nicht informiert.

Herr Koschig, Bürgermeister

Als juristischer Vertreter des Gesellschafters meint Herr Koschig, dass der Gesellschafter darüber befinden sollte. Möglicherweise hat der Gesellschafter eine andere Auffassung als der Aufsichtsrat der WIR. Herr Koschig plädiert dafür, den Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung zu belassen.

Herr Schmieder, Baudezernent

Herr Schmieder ist auf den Antrag von Herrn Kläre nicht vorbereitet. Herr Schmieder ist eigentlich der Meinung, dass auf der Aufsichtsratssitzung, wo der Jahresabschluss 2004 diskutiert wurde, die grundsätzliche Situation schon angesprochen wurde. Herr Schmieder erinnert auch daran, dass ein gleiches Thema bereits vor der Sommerpause auf der Tagesordnung stand, der aber zurückgezogen wurde, weil die Rahmenbedingungen für diese Beschlussvorlage noch nicht gegeben waren. Herr Schmieder kann die Aussage von Aufsichtsratsmitglied Kläre nicht verstehen, dass der Aufsichtsrat dem Grunde nach nicht über die Möglichkeit der Darlehensgewährung zur Überbrückung der möglichen Liquiditätsprobleme im Zusammenhang mit

der Betriebs-kostenrückzahlung informiert ist. Herr Schmieder bittet deshalb auch darum, die Beschlussvorlage auf der Tagesordnung zu belassen.

Dann wurde über den Antrag abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
25	0	9	10	6

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Dann wird darüber abgestimmt, den TOP 6.11. als TOP 6.8. zu behandeln.

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
25	0	25	0	0

Dann wird über die geänderte Tagesordnung abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
25	0	25	0	0

**Beschluss:** Die geänderte Tagesordnung wird bestätigt.

**5. Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der Sitzung vom 16.06.2005**

**Beschluss:** Der öffentliche Teil der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 16.06.2005 wird bestätigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
25	0	24	0	1

**6. Behandlung folgender Tagesordnungspunkte:**

**6.1. Bericht der Stadtverwaltung**

Dazu spricht der Bürgermeister der Stadt Roßlau, Klemens Koschig. Der wörtliche Bericht liegt dem Original der Niederschrift im Büro des Stadtrates bei und kann täglich während der Dienstzeit eingesehen werden. Weiterhin wird der Bericht im Elbe-Fläming-Kurier veröffentlicht.

## **6.2. Einwohnerfragestunde**

Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen, da es keine Anfragen von Einwohnern bzw. von Stadträten im Auftrag von Einwohnern gibt.

## **6.3. Anfragen der Stadträte an den Bürgermeister**

Herr Pfennigsdorf, Fraktion SPD

1. Herr Koschig hat in Form einer Mitteilung an den Landkreis bezüglich der Auskreierung der Stadt Roßlau aus dem Landkreis Anhalt-Zerbst den Landkreis informiert, dass er einstimmig vom Stadtrat beauftragt wurde, diese Auskreierung zu beantragen. Nach Wissen von Herrn Pfennigsdorf gab es  $\frac{1}{3}$  Ablehnung, das Ergebnis war 18:9. Weiterhin wurde durch die Presse die ganze Bevölkerung über diese Falschmeldung informiert. So etwas gehört eigentlich nicht zum Stil und zur Arbeitsweise eines Bürgermeisters.

2. Im Rahmen der Flutschäden 2002 wurden u.a. auch zwei Wege im Umfeld der Stadt Roßlau saniert. Das Landesverwaltungsamt hat Fördermittel freigegeben zur Herstellung des Urzustandes aus dem Jahr 2002. Wenn diese Fördermittel in Anspruch genommen werden, sollte man daraus etwas positives für die gesamte Einwohnerschaft der Stadt Roßlau gestalten. Man sieht aber, mit welcher Interessenlosigkeit und mit welchem Pfusch dort gearbeitet wurde. Es handelt sich um den Weg vom Burgwall bis zur Lehmbrücke und in Richtung Meinsdorf vom Trockentunnel zum Wassertunnel auf der Meinsdorfer Seite. Dort wurde einfach Splitt auf den alten Weg gekippt. Der Weg in der Aue ist gerade umgekehrt aufgearbeitet worden. Dort wurde Splitt aufgebracht, auf dem sich normalerweise nur Schwerlast- oder größere Fahrzeuge bewegen würden. Es wurden also 29.000,- € in den Sand gesetzt. Herr Pfennigsdorf stellt die Forderung auf eine korrekte Darlegung dieser Handlungsweise.

Herr Koschig, Bürgermeister

Zum Schreiben an den Landrat wird Herr Koschig noch einmal nachlesen. Sollte dort nicht einstimmig stehen, dann war das in der Tat ein Fehler.

Zum zweiten, es standen nur 29.000,- € zur Verfügung. Das Baudezernat hatte eine Entscheidung zu treffen, worüber sehr ausführlich in der Pressekonferenz informiert wurde. Herr Schmieder kann diese Ausführungen gern noch einmal wiederholen.

Herr Schmieder, Baudezernent

Herr Schmieder pflichtet Herrn Koschig bei. Der Vorgang von Herrn Pfennigsdorf beim Landesverwaltungsamt, und er hat auch eine eindeutige und mit der Aussage von Herrn Sanow und mir übereinstimmende Antwort vom Landesverwaltungsamt bekommen, wurde ausdrücklich in Kenntnis dieser Anfrage in der Pressekonferenz sehr ausführlich darauf eingegangen. Es ist eindeutig so, dass die Förderrichtlinie nur die Wiederherstellung des vorherigen Zustandes gestattete. Bei der Frage nach der Art und Weise mussten wir uns im Rahmen dieser Mittel entscheiden, ob man

einen verstärkten Unterbau oder einen etwas schwächeren Unterbau und dafür eine etwas feinere Oberfläche zur Ausführung bringt. Aus Erfahrungen der letzten Wegebaumaßnahmen der Art wurde entschieden, weil diese Wege ja auch mit Technik durch den landwirtschaftlichen Nutzer genutzt werden, den Unterbau zu verstärken. Auch aus der Erfahrung heraus, dass sich im Rahmen der Nutzung über den Winter der Zustand dieses Weges sich auch wieder ändert. Das ist bei wassergebundenen Decken ganz normal. Herr Schmieder hat auch zugesagt, dass im Frühjahr diese Wege noch einmal begutachtet werden und dann im Bauausschuss darüber beraten müssen, ob es tatsächlich notwendig ist, Eigenmittel dafür einzusetzen, um eine Verbesserung zu erreichen.

Herr Schmieder hat sich den Weg am Meinsdorfer Tunnel angesehen, da kamen auch zufällig Spaziergänger und Radfahrer vorbei. Herr Schmieder hält die Einschätzung von Herrn Pfennigsdorf für persönlich motiviert und kann den Mangel in der Qualität nicht nachvollziehen.

Herr Koschig ergänzt, dass er sich die Wege natürlich auch angesehen hat.

Herr Gerdung, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Herr Gerdung möchte den Hinweis von Herrn Pfennigsdorf verstärken. Der Zustand des Weges vor der Flut war so, dass er für Fußgänger nutzbar war. Jetzt in diesem Zustand ist er für Fußgänger nicht nutzbar. Es sei denn man läuft Gefahr sich die Füße zu verletzen. Es ist kein Weg, auf dem man spazieren gehen kann. Roßlau ist ohnehin nicht sehr reich an Spazierwegen. Es ist also wichtig, gerade den Weg in der Aue für Fußgänger wieder nutzbar zu machen. Aber nicht bis zum Frühjahr warten, bis dahin können schon einige Unfälle passiert sein. Und es ist schade um das Geld, wenn der Weg so bleibt. Es muss eine Planung gemacht werden, dass sowohl Fußgänger wie auch Fahrzeuge diesen Weg wieder benutzen können.

Die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller, schlägt vor, dass sich die Interessierten zur Klärung noch einmal mit dem Bauamt in Verbindung setzen sollten.

#### **6.4. Jahresabschluss Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH 2004** **Vorlage: BV/0402/05-I/80**

Herr Tremer, Fraktion PDS

Die Stadtwerke Roßlau haben im letzten Jahr einen Umsatz von 1,8 Mio € erwirtschaftet. Jetzt ist ein Bilanzgewinn aufgetreten von 180 T€, das sind 10 %. Das sind 10 % des Umsatzes, was die Fernwärmekunden bezahlt haben und wenn man das nicht erwirtschaftet hätte, wäre der Preis um 10 % billiger gewesen.

Es gibt ein durchaus berechtigtes Interesse der Gesellschafter eine Rendite zu erzielen. Das ist richtig und auch unsere Haushaltskasse ist auf diese Einnahmen angewiesen. Aber wir alle wissen, dass sich die Energiepreise zur Zeit exorbitant entwickeln und es muss damit gerechnet werden, dass im nächsten Jahr auch die Fernwärmepreise weiter ansteigen werden. Wer sind denn die Nutzer, die jetzt den Gewinn erwirtschaftet haben und evtl. die höheren Preise zahlen müssen? Das sind in Roßlau vorrangig die Wohnungsgesellschaften und nicht wenige der sozialschwachen, die in diesen Gebäuden wohnen und die Fernwärme nutzen

Deshalb ist es nicht gerechtfertigt, dort den Gewinn fast komplett herauszuziehen und letztendlich die Fernwärmenutzer sich selbst überlassen.

Vorschlag: Unter Punkt 2 dieser Beschlussvorlage, dass der Bilanzgewinn über 180 T€ neu aufgeteilt wird. Und zwar, dass in die Ausschüttung nur die Hälfte davon kommen und dass die restlichen 90 T€ in die Gewinnrücklagen eingestellt werden. Damit wäre im nächsten Jahr die Möglichkeit geschaffen, eine 5 %ige Preiserhöhung abzufedern, die sonst die Fernwärmekunden bezahlen müssten.

Herr Vester, Fraktion PDS

Herr Vester ergänzt die Ausführungen von Herrn Tremer. Man muss auch bedenken, dass zukünftig mit Innovationen ein besserer Bilanzgewinn erreicht werden soll. Wenn man bedenkt, wie teuer Öl in Zukunft sein wird.

Herr Föse, Fraktion CDU

Herr Föse kann diese Argumente nicht teilen. Die Stadtwerke Roßlau sind zur Zeit das einzigste kommunale Unternehmen neben der ROWA, welches in ihrer Arbeit mit Gewinn aus dem Jahresabschluss geht. Wenn man sich den Punkt 2 in der Beschlussvorlage ansieht, dann sieht man, dass der Geschäftsführer in Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat und dem Gesellschafter den Weg gefunden hat, um das Unternehmen weiterhin auf gesunde Füße zu stellen. Denkt man ein paar Jahre zurück, da ging die Schere genau in die umgekehrte Richtung. Mit dem Einstellen der Gewinnrücklage muss so verfahren werden wie in der Beschlussvorlage. Das Unternehmen muss investieren in Aufgaben, die nicht aus der Portokasse bezahlt werden können. Das Thema wurde im Aufsichtsrat sehr tiefgründig diskutiert. An erster Stelle muss die Wirtschaftlichkeit gesehen werden.

Herr Tonndorf, Fraktion Neues Forum

Herr Tonndorf stimmt den Ausführungen von Herrn Föse zu. Aus dem Antrag der PDS war unterschwellig herauszuhören, dass das Unternehmen durch die Kunden diese 180 T€ verdient hätte. Das ist im wesentlichen nicht der Fall. Dieser Bilanzgewinn resultiert aus Umstrukturierungsmaßnahmen und aus Maßnahmen, die die Gesellschafter in die Gesellschaft investiert haben, damit sie jetzt auf gesunde Füße gestellt werden. Der Weg, der hier beschritten wird, ist genau der richtige.

Herr Bader, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Eigentlich stimmt Herr Föse dem Antrag von Herrn Tremer zu. Er will die Fernwärme stärken. Dafür darf das Geld nicht in diesem hohen Maße entnommen werden, zumal die Hälfte davon an die Gesellschaft der evia geht. Die evia allerdings gibt das Geld nicht wieder direkt zum Nutzen der Bürger aus. Die machen Fernsehwerbung damit, verteilen Hochglanzbroschüren, die keiner bestellt hat. Das Geld ist doch dichter dran am Bürger, wenn es in der Gesellschaft bleibt.

Die Fernwärmegesellschaft hat ja auch noch über eine Million Verbindlichkeiten, wo man vielleicht noch über Zinseinsparungen reden könnte.

Man sollte das Geld transparent lassen wo es herkommt.

Herr Koschig, Bürgermeister

Was Herr Bader nicht wissen kann, ist die 15jährige Vorgeschichte der Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH und das außerordentliche Engagement des Gesellschafters, nämlich der Stadt Roßlau. Und das sind die 14 bis 15 Tausend Bürgerinnen und Bürger, und damit natürlich z.T. auch Kunden. Aber nicht die Kunden alleine sondern das ist die Stadt Roßlau. Die Stadt Roßlau hat ein völlig marodes System der Fernwärmeversorgung übernommen. Es mussten enorme Aufwendungen gemacht wer-

den. Zehn Jahre lang musste mit Verlustvorträgen gearbeitet werden. Die Stadt Roßlau hätte die Übernahme der Fernwärmeversorgung Anfang 1990 vom Landkreis verweigern können. Es gab damals aber keinen einzigen Anbieter auf dem Markt, der bereit gewesen wäre, dieses System zu übernehmen. Nach den sehr langen Anstrengungen des Gesellschafters haben Sie auch einen Anspruch, das, was Sie in die Gesellschaft hineingesteckt haben, zumindest zum Teil auch wieder zurückzubekommen. Der Stadtrat als Vertreter des Gesellschafters hat ja beschlossen, dass dies zu entnehmen ist. Denn das ist Bestandteil des Haushaltsplanes. Sollte der Stadtrat heute zu einer anderen Auffassung kommen, dann ist das noch lange nicht Gesetz. Dann muss sich die Stadt erst einmal mit dem anderen Gesellschafter auseinandersetzen.

Wenn die Gewinne zur Kostendämpfung genutzt werden sollen, ist dieses Geld sehr schnell weg. Preisdämpfung heißt ja Subventionierung! Das würde bedeuten, dass vielleicht 2 – 3 Monate der Preis stabil gehalten werden kann. Die Vorräte gehen zu Ende und es sind neue Akteure auf den Märkten. Wir werden uns dauerhaft auf einen Anstieg der Energiepreise einstellen müssen. Das wird einmal der Hauptbestandteil unserer Kosten. Durch eine Zwischensubventionierung kann das nicht aufgehalten werden. Das schlimmere wäre, nach diesen 3 Monaten kommt es zu einer regelrechten Kostenexplosion. Das ist den Kunden auch nicht zu erklären.

Hartz IV ist in dem Zusammenhang kein gutes Argument, denn die Langzeitarbeitslosen sind ja durch Hartz IV in gewissem Sinne entmündigt worden und der Staat zahlt ihnen die Nebenkosten.

An den Innovationen, die angesprochen wurden, daran wird gearbeitet. Die Stadtwerke verhandeln zur Zeit mit einem möglichen Ansiedler in unserer Stadt. Wir müssen natürlich versuchen, uns unabhängig von Öl und Gas zu machen. Das wird uns nicht ganz gelingen, aber es wird versucht, alternative Energien mit ins Rennen zu bekommen, um möglicherweise von dieser Preisexplosion abgekoppelt zu werden. Ob es funktioniert hängt vom Investor ab. Auch damit hat sich der Aufsichtsrat schon beschäftigt. Das wäre ein echter Beitrag zur Kostendämpfung für unsere Fernwärmepreise.

Herr Koschig schlägt vor, bei der vorgeschlagenen Gewinnverwendung zu bleiben.

Herr Tremer, Fraktion PDS

Die Hartz IV-Empfänger bekommen nur einen bestimmten Satz, was darüber liegt müssen sie selbst bezahlen.

Die Gewinnerzahlung ist ja in Ordnung, Herr Tremer hat auch vorgeschlagen das zu halbieren. Im vorletzten Jahr sind 96 T€ ausgeschüttet worden, im vorigen Jahr 130 T€. Lassen wir doch die Kirche im Dorf und das Geld im Topf. An Herrn Tonndorf gewendet, natürlich haben die Kunden das bezahlt, wo soll das Geld bei Gewinnerzielung sonst herkommen.

Innovativ mag in der Vergangenheit einiges passiert sein, aber sehen wir uns doch die Preise an. Wenn man das betriebswirtschaftlich betrachtet kann nicht mehr viel innovatives passieren bei dem Unternehmen. Da wird Gas eingekauft, Fernwärme draus gemacht, die wird verkauft, und die Anlagen instand gehalten.

Deshalb sollte das Geld zur Hälfte im Unternehmen bleiben. Das soll keine Preissubventionierung sein sondern soll der Stabilisierung des Unternehmens dienen und gleicht Preisschwankungen am Markt aus. Der Rest sollte wie vorgeschlagen in die Stadtkasse gelangen.

Herr Dreibrod, Fraktion SPD

Bei dieser Beschlussvorlage sollte man nicht auf der kurzfristig wirkenden Preissubventionierung herumreiten, auf der anderen Seite aber auch die Hartz IV-Empfänger nicht zu sehr strapazieren. Es ist aber wichtig, dass die Gewinnmaximierung in der Ausschüttung, die bei so einem Unternehmen üblich ist, nicht so wahrgenommen werden sollte, wie in der großen Politik. Herr Koschig sagt ja, die Eigentümer sollen beteiligt werden, aber nur teilweise. Deshalb ist der Vorschlag zur Stärkung des Fernwärmeunternehmens bei einer nicht so großen Ausschüttung doch ganz richtig. Die Fraktion der SPD unterstützt diesen Antrag. Man kann darüber streiten, ob die Halbierung das angemessene Maß ist, aber das Maß, was hier vorgelegt wurde ist auf jeden Fall ein Missverhältnis, bei dem wir nicht bleiben sollten, im Sinne des Fernwärmeunternehmens.

Herr Stamms, Geschäftsführer der Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH

Es ist in der Tat so, wenn man zurückblickt, dass es erstmals im Jahr 2002 gelungen ist, überhaupt eine positive Ertragssituation zu erzielen. Das ist das Ergebnis der im Jahr 2001 durchgeführten Konsolidierungs- und Sanierungsmaßnahmen. Hätte in dem Jahr nicht der Schnitt gemacht werden können, dann wären die Stadtwerke nicht das, was sie heute sind. Dann würde heute gar nicht über Ausschüttung geredet werden. Es würde auch nicht über Gewinn geredet sondern nur über Verluste. Bis zum Jahr 2001 hatten sich seinerzeit Verlustvorträge in Millionen-Höhe angehäuft.

Dann wurde der Schnitt gemacht, um auch die Gesellschafter partizipieren zu lassen an dem Ertrag des Unternehmens.

Wir haben in die Kapitalrücklage gegriffen, haben den Verlustvortrag beseitigt und haben erstmals einen Bilanzgewinn ausgewiesen und haben diese Situation sukzessiv verbessert. Das ist auch ein Beitrag der Gesellschafter. Die Gesellschafter haben letztlich dafür gesorgt, dass diese Situation machbar ist. Unter dem Strich haben die Gesellschafter auch nunmehr das Recht an ihrem investierten Kapital teilzuhaben bzw. eine gewisse Renditeerwartung zu realisieren.

Wenn von diesem Gewinnverwendungsvorschlag abgewichen wird, wird es so sein, dass die Stadt auch im Rahmen ihrer Haushaltsplanung Probleme bekommen wird. Es wird zukünftig für Städte und Kommunen sehr wichtig sein, dass ihre eigenen Unternehmen schwarze Zahlen schreiben. Wenn die Stadt auf solche Einnahmemöglichkeiten verzichtet, dann müssen auch andere Gebiete des gesellschaftlichen Lebens darunter leiden. Von daher sollten sich die Stadträte auch einmal Gedanken machen, was da alles dran hängt. Man muss doch froh sein, dass es möglich ist, aus kommunalen Unternehmen auch einen Ertrag zu erzielen.

Zum Thema Sondertilgung. Es liefen zwei Darlehen. Ein Darlehen konnte durch die verbesserte Ertragssituation abgelöst werden, weil auch der Kreditgeber mitgespielt hat. Bei dem anderen Darlehen lässt leider der Kreditgeber nicht mit sich reden, obwohl die Liquidität zur Teiltilgung vorliegt. Der Kreditgeber sagt, ich habe kalkuliert, ich möchte meine Zinseinnahmen haben. Das könnte nur mit einer Vorfälligkeitsentschädigung. Das Darlehen hat also noch eine feste Laufzeit bis 2011 und das muss regelmäßig bedient werden.

Herr Pfennigsdorf, Fraktion SPD

Ein entscheidender Fakt ist noch nicht angesprochen worden. Ein Teil der Roßlauer Bürgerinnen und Bürger beziehen ja die Fernwärme vom städtischen Heiz- und Versorgungsbetrieb. Es gibt aber auch einen großen Teil der von überregionalen Versorgern versorgt wird. Wie ist das Preisverhältnis, das Angebotsverhältnis von den

überregionalen Versorgern zu unseren Stadtversorgern. Wenn das auf einem Niveau liegt sollte man diesen Gewinn in die Gewinnrückgabe einbringen, denn es wäre unfair gegenüber den anderen, wenn ein Teil der Bürger, die in den städtischen Versorgungsbereich fallen, günstiger wegkommen würden als alle anderen. Vom Gleichheitsgrundsatz würde Herr Pfennigsdorf nichts verändern.

Herr Koschig, Bürgermeister

Je größer eine Gesellschaft ist sind die Preise in der Regel auch etwas günstiger. Wir bewegen uns etwa im Durchschnitt. In der Stadt Roßlau sind wir eigentlich die einzigen Anbieter an Fernwärme. In Roßlau kann man direkt keinen Vergleich anstellen. Durch die Konsolidierung ist es gelungen eine gut aufgestellte GmbH Stadtwerke zu erreichen. Es wird ja nicht das gesamte Geld aus der Gesellschaft gezogen, sondern es wird auch weiterhin in die Gewinnrücklage eingegeben. Der Gesellschaft und dem Aufsichtsrat ist sehr wohl bewusst, dass in nächster Zeit auch wieder investiert werden muss. Sollte der Stadtrat heute zu einem anderen Ergebnis kommen, bedarf das einer erneuten Abstimmung mit dem anderen Gesellschafter. Herr Koschig macht darauf aufmerksam, dass dies eine Mindereinnahme im Haushalt nach sich ziehen würde. Bis Oktober/November muss ein neues Haushaltskonsolidierungskonzept aufgelegt werden. Da wird die Kommunalaufsicht natürlich darauf hinweisen, dass einem Vorschlag des Aufsichtsrates nicht stattgegeben wurde und dass auf Einnahmen, die leicht erzielbar gewesen wären, verzichtet wurde.

Dann wurde über den Antrag von Herrn Tremer abgestimmt, der da lautet:

Der Stadtrat beschließt, den ausgewiesenen Bilanzgewinn von 180.650,92 € wie folgt zu verwenden:

Verteilung an die Gesellschafter durch Ausschüttung entsprechend ihres Anteils am Stammkapital von	90.325,46 €
und Einstellung in die Gewinnrücklage die gleiche Summe	90.325,46 €

#### **Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
25	0	10	12	3

**Beschluss:** Der Antrag von Herrn Tremer ist abgelehnt.

Dann wird über die Beschlussvorlage abgestimmt.

- Der Stadtrat beschließt die Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH für das Geschäftsjahr 2004 mit einer Bilanzsumme von 2.847.013,23 € und einem ausgewiesenen Bilanzgewinn von 180.650,92 €**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
25	0	23	0	2

**Beschluss:** Damit ist der 1. Teilbeschluss bestätigt.

2. Der Stadtrat beschließt den ausgewiesenen Bilanzgewinn von 180.650,92 € wie folgt zu verwenden:

Verteilung an die Gesellschafter durch Ausschüttung entsprechend ihres Anteils am Stammkapital	160.000,00 €
Einstellung in die Gewinnrücklage	20.650,92 €
Bilanzgewinn	180.650,92 €

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
25	0	16	9	0

**Beschluss:** Damit ist der 2. Teilbeschluss bestätigt.

3. Der Stadtrat beschließt die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2004.

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
25	0	24	0	1

**Beschluss:** Damit ist der 3. Teilbeschluss bestätigt.

4. Der Stadtrat beschließt die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2004.

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
25	0	20	0	5

**Beschluss:** Damit ist der 4. Teilbeschluss bestätigt.

**6.5. Jahresabschlussprüfung Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH 2005**  
**Vorlage: BV/0403/05-I/80**

**Beschluss:** Der Stadtrat stimmt der Bestellung der BDO Deutsche Waren-treuhand AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Leipzig, zum Abschlussprüfer des Jahresabschlusses 2005 der Stadtwerke Roß-lau Fernwärme GmbH zu.

Herr Tremer verlässt die Beratung. Somit ist der Stadtrat mit 24 Stimmberechtigten beschlussfähig.

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
25	0	25	0	0

**6.6. Jahresabschluss ROWA 2004**  
**Vorlage: BV/0416/05-I/80**

- 1. Der Stadtrat beschließt die Feststellung des Jahresabschlusses der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgungsgesellschaft Roßlau mbH (ROWA) für das Geschäftsjahr 2004 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 30.666.139,29 €**

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	0	24	0	0

**Beschluss:** Damit ist der 1. Teilbeschluss bestätigt.

- 2. Der Stadtrat beschließt den Jahresüberschuss in Höhe von 11.833,66 € auf neue Rechnung vorzutragen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	0	24	0	0

**Beschluss:** Damit ist der 2. Teilbeschluss bestätigt.

- 3. Der Stadtrat beschließt die Entlastung der Geschäftsführerin für das**

## Geschäftsjahr 2004.

### Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	0	24	0	0

**Beschluss:** Damit ist der 3. Teilbeschluss bestätigt.

#### 4. Der Stadtrat beschließt die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2004.

### Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	0	24	0	0

**Beschluss:** Damit ist der 4. Teilbeschluss bestätigt.

Herr Koschig, Bürgermeister

Nach dem die Vorlage den Stadtrat passiert hat erlaubt sich Herr Koschig eine Anmerkung. Bei der ROWA wurde ein guter Jahresabschluss gemacht, im nächsten Jahr müssten aber entsprechend der Preisentwicklung die Gebühren deutlich angehoben werden. Der Aufsichtsrat hat auf seiner letzten Sitzung die Geschäftsführerin ermächtigt, dies nicht zu tun, sondern es soll erst einmal die weitere Preisentwicklung mit der Dessauer Kläranlage beobachtet werden, um dann im Laufe des nächsten Jahres das Thema noch einmal aufzugreifen. Es wird sehr verantwortungsbewusst mit Preisen und Entgelten, die die Bürger betreffen, umgegangen. Aber da, wo eine gesunde Gesellschaft existiert, muss der Gesellschafter auch das Recht haben zur Gewinnentnahme. Das, was dort nicht entnommen werden kann, muss durch Steuererhöhungen von den Bürgern entnommen werden. Eine gesund wirtschaftende Kommune ist eben auch in der Lage, ihren Bürgern günstige Steuern zu ermöglichen.

Der Stadtrat begibt sich von 18:30 Uhr bis 19:00 Uhr in eine Pause.

#### **6.7. Jahresabschluss WIR 2004 Vorlage: BV/0419/05-I/80**

Herr Bader, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Die Fraktion vermisst den Trend zum Besseren. Vor einem Jahr hatte man schon einmal intensiver mit der WIR beschäftigt und man ist enttäuscht, was dabei herausgekommen ist.

#### 1. Der Stadtrat beschließt die Feststellung des Jahresabschlusses der

**Wohnbau- und Immobiliengesellschaft Roßlau mbH (WIR) für das Geschäftsjahr 2004 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 22.376.677,00 €**

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	1	18	0	5

**Beschluss:** Damit ist der 1. Teilbeschluss bestätigt.

- 2. Der Stadtrat beschließt den Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.715.202,87 € auf neue Rechnung vorzutragen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	1	16	5	2

**Beschluss:** Damit ist der 2. Teilbeschluss bestätigt.

- 3. Der Stadtrat beschließt die Entlastung des Geschäftsführers für das Geschäftsjahr 2004.**

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	1	10	6	7

**Beschluss:** Damit ist der 3. Teilbeschluss bestätigt.

- 4. Der Stadtrat beschließt die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2004.**

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	1	13	7	3

**Beschluss:** Damit ist der 4. Teilbeschluss bestätigt.

- 6.8. Gesellschafterdarlehen für die WIR  
Vorlage: BV/0434/05-I/80**

Herr Mau, Fraktion CDU

Im letzten Jahr wurde bereits über die Liquiditätsschwierigkeiten der WIR beraten. Dieses Jahr gibt es die gleichen Schwierigkeiten. Wie stellt sich die Gesellschaft vor, die Kreditaufnahme in 3 Raten zurückzuzahlen?

Herr Schmieder, Baudezernent

Die Begründung, warum dieses Darlehen gewährt werden soll ist ausreichend begründet worden. Es geht ja hauptsächlich um die Sache mit den Betriebskosten. Hier kann die tatsächliche Inanspruchnahme auch noch nicht genau vorausgesagt werden, weil es auch davon abhängt, inwieweit die Mieter beispielsweise Ratenvereinbarungen bei der Rückzahlung ihrer Betriebskostenfehlbeträge abschließen. Hier ist aus der Erfahrung der Gesellschaft eine Höchstsumme vorgetragen worden, die in Anspruch zu nehmen wäre, wenn es denn dann aus der laufenden Betriebsführung so weit kommen sollte. Es wird davon ausgegangen, deshalb ist auch die Laufzeit bis 31.12.2006 gewählt worden, dass im Laufe des nächsten Jahres die Fusion der Gesellschaft zustande gekommen sein muss. Hintergrund dieser Terminwahl ist, dass die Grunderwerbssteuer für Wohnungsunternehmen bei Fusion nur bis zum 31.12.2006 gewährleistet ist. Jeder kann sich vorstellen, dass, wenn Grunderwerbssteuer fällig ist, dass dann die Fusion der Wohnungsgesellschaften von Dessau und Roßlau wenn nicht unmöglich aber doch wesentlich erschwert wären. Insofern steht als Rückzahlungsgarant eine neue Gesellschaft mit im Boot.

Für weitere Erläuterungen bittet Herr Schmieder darum, Herrn Zimmermann Rede-recht zu erteilen.

In der Pause wurde bereits mit Herrn Kläre noch einmal über dessen Antrag gesprochen. Es ist richtig, dass im Aufsichtsrat über diese grundsätzliche Notwendigkeit einer Unterstützung des Gesellschafters gesprochen wurde. Es wurde aber nicht ausdrücklich diese Beschlussvorlage thematisiert. Insofern war das möglicherweise ein Missverständnis. Es ist aber auch nicht hundertprozentig sicher, ob das gesellschafts-rechtlich eine Aufgabe des Aufsichtsrates gewesen wäre. Wenn es aber besprochen worden wäre, wäre man sicher genau zu diesem Antrag gekommen. Denn die Gesellschaft bekommt von keinem anderen, außer von ihrem Gesellschafter solche günstigen Kreditbedingungen mit kurzfristigen Laufzeiten

Herr Bader, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Am Anfang hörten wir eine reformorientierte Ansprache, in der der Satz vorkam: Soziale Ruhe darf nicht auf Kosten der Zukunft erkauf werden.

Im Jahresabschluss haben wir gelesen, dass Abschreibungen auf Mietforderungen in Höhe von ca. 100 T€ getätigt worden sind. Für diesen Betrag soll ein neues Darlehen gegeben werden. Damit haben wir die soziale Ruhe auf Kosten der Zukunft, denn bis dahin wird es erst zurückgezahlt werden. Das ist nicht konstruktiv. Deshalb kann das Darlehen aus Sicht der Fraktion nicht gewährt werden. Denn vor lauter Sozialstaat machen wir uns damit zum Unrechtsstaat. Es gibt schließlich auch Mieter, die ihre Miete zahlen. Wenn die WIR unterstützt werden soll, sollte man die DWG bitten, dass sie der WIR ein Darlehen gibt. Die Verbindung zwischen Banken und Fusion und Darlehen halten wir für falsch. Deshalb möchten wir diesen Darlehensantrag ablehnen.

Herr Zimmermann, Geschäftsführer der WIR

Es ist 2005 nicht das erste Mal, dass diese Finanzierungsspitze auf das Unternehmen zukommt. Das gab es auch im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit Nebenkosten-abrechnungen. Nur zu dem Zeitpunkt waren die liquiden Mittel noch in einem solchen Zustand, dass es noch ohne fremde Hilfe machbar war. Aus dem Jahresabschluss ist zu entnehmen, dass die liquiden Mittel des Unternehmens zum Jahresanfang schon auf etwa 119 T€ abgeschmolzen waren. Die Rückzahlungen aus dem Nebenkostengut-haben liegen etwa bei 110 T€. Natürlich wird einiges zurückfließen, wo Nachzahlungen sind. Aber diese Spitze kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ausgeglichen werden. Insofern ist es notwendig, dass das Unternehmen dieses Gesellschafterdarlehen erhält, um den finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Das Problem der Mietrückstände, was Herr Bader angesprochen hat, hier handelt es sich um Personen, die Mietrückstände über längere Zeit aufgebaut haben, wo alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft wurden um das Geld zu bekommen. Das Einkommen dieser Personen liegt unter der Pfändungsgrenze. Es besteht keine Aussicht, dieses Geld hereinzubekommen. Das Wirtschaftsrecht verlangt ganz kategorisch, das sind nicht werthaltige Forderungen, die hat das Unternehmen auszugleichen

Dann wurde über die Beschlussvorlage abgestimmt.

**Beschluss:** Der Wohnbau- und Immobiliengesellschaft Roßlau mbH (WIR) wird ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von 100.000,00 € gemäß dem als Anlage 2 beigefügten Darlehensvertrag nicht gewährt

Herr Vester zweifelt das Abstimmungsergebnis an, deshalb wird die Abstimmung wiederholt. Am Ergebnis hat sich aber nichts geändert.

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	1	8	9	6

#### **6.9. Rücklagenentnahme zur Verlustdeckung Geschäftsjahr 2004 der IHR Vorlage: BV/0421/05-I/80**

**Beschluss:** Der Stadtrat beschließt eine Entnahme aus der Kapitalrücklage der Industriehafen Roßlau GmbH in Höhe von 222.759,39 € per 31.12.2004 zur Deckung des Verlustes des Geschäftsjahres 2004.

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	0	23	0	1

**6.10 Jahresabschluss 2004 Industriehafen Roßlau GmbH**  
Vorlage: BV/0420/05-I/80

1. Der Stadtrat beschließt die Feststellung des Jahresabschlusses der Industriehafen Roßlau GmbH für das Geschäftsjahr 2004 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 5.644.351,16 €

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	0	23	0	1

**Beschluss:** Damit ist der 1. Teilbeschluss bestätigt.

2. Der Stadtrat beschließt die Entlastung des Geschäftsführers für das Geschäftsjahr 2004.

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	0	23	0	1

**Beschluss:** Damit ist der 2. Teilbeschluss bestätigt.

3. Der Stadtrat beschließt die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2004.

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	0	23	0	1

**Beschluss:** Damit ist der 3. Teilbeschluss bestätigt.

**6.11 Gesellschafterdarlehen Industriehafen Roßlau GmbH**  
Vorlage: BV/0432/05-II/90

Herr Bader, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Herr Bader erläutert die Beschlussvorlage mit seinen Worten.

Der Hafen hat von der Stadt 190 T€ und von der Sächsischen Binnenhäfen Oberelbe GmbH 90 T€ Kredite erhalten, die schrittweise zurückgezahlt werden. Gleich nach Genehmigung kam bereits ein Stundungsantrag.

Jetzt ist es so, dass der Hafen das Geld an die Stadt und an die Sächsische Binnenhäfen zurückgeben will und einen neuen Kredit von den Banken aufnehmen will. Der Bürge dafür soll die Stadt Roßlau sein. Die Stadt hat dann eventuell mehr Schulden als jetzt, denn sie löst im Prinzip auch das Geld, was jetzt aus Dresden gekommen ist, ab. Das Risiko ist zu groß, dass die Stadt am Ende auf dieser Bürgschaft hängen bleibt. Deshalb ist die Fraktion der Meinung, diese Bürgschaft nicht zu übernehmen.

Herr Vester, Fraktion PDS

Die PDS-Fraktion ist ebenfalls dieser Auffassung. Hier wird das Risiko von der Gesellschaft auf die Stadt übertragen. Das sieht dann so aus, zu diesen Verbindlichkeiten von 280 T€, wenn die Fällig gestellt werden, muss die Stadt zahlen. Und dazu kommt noch das neue Darlehen von 50 T€. Die Begründung ist sehr dünn. Das ist eine kurzfristige Ersparnis, aber ein Risiko für die Stadt und für die Roßlauer Bürger.

Herr Koschig, Bürgermeister

Wie dem Beschlussvorschlag entnommen werden kann, steht vorbehaltlich der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht. Die Gespräche mit der Kommunalaufsicht laufen noch. Es ist allerdings ein Stadtratsbeschluss notwendig, um mit der Kommunalaufsicht verbindlich sprechen zu können.

Deshalb der Vorschlag was die Ausfallbürgschaft betrifft zu ergänzen „in Höhe von bis zu 280.163,40.

Es ist richtig, dass das ein ungleiches Geschäft ist. Die Kommunalaufsicht deutet so etwas auch an. Darüber konnte allerdings mit der SBO noch nicht gesprochen werden. Die Stellungnahme der Kommunalaufsicht kann erst am Montag im Hause besprochen werden. Die bisherigen Hinweise werden auf jeden Fall aufgegriffen, was die Verbürgung dieses Kredites betrifft. Es muss darauf geachtet werden, dass das Risiko gleichmäßig verteilt wird. Andererseits ist es aber so, ohne diese Bürgschaft ist natürlich der günstige Kredit nicht zu bekommen, mit der die Gesellschaft nochmals Zinsvorteile erwirbt. Ansonsten ist dieser Gesamtvorschlag ein sehr wichtiger Punkt für das Haushaltskonsolidierungskonzept, weil unter dem Strich die Stadt Roßlau dann auch erst einmal wieder ihr Darlehen zurückbekommt.

Herr Koschig bittet, dem Geschäftsführer, Herrn Mörer, das Wort zu erteilen.

Herr Mörer, Geschäftsführer Hafen

Die SBO hat zugesagt, 30 T€ als Gesellschafter zu geben. Die SBO hat allerdings 90 T€ gegeben. Nach diesem Deal würde sie immer noch 40 T€ geben, also weit mehr als im Gesellschaftsvertrag steht.

Die Darlehen wurden komplikationslos durch die SBO verlängert bis zum 30.12.2005, um die Liquidität der IHR zu erhalten. Es ging nicht darum ein zusätzliches Darlehen zu bekommen, sondern nur die bestehenden Darlehen abzusichern.

Die Schuldentilgung ging nur über Kontokorrent bzw. über Liquidität von der SBO.

Die SBO müsste, wenn dieser Vorschlag heute nicht durchgeht, zum 31.12.2005 die Verlängerung des bestehenden Darlehens überdenken.

Frau Falkensteiner, Amtsleiterin Wirtschaftsförderung und Liegenschaften

In der Beschlussvorlage wurde ebenfalls vorgeschlagen, eine Ausfallbürgschaft der Stadt zu geben, keine selbstschuldnerische Bürgschaft der Bank. Das heißt, im Insolvenzfall der Hafengesellschaft würde man erst einmal versuchen, sich aus dem Vermögen der Gesellschaft zu bedienen. Erst wenn das nicht ausreicht, würde die Stadt für die Schulden einstehen müssen. Da der Hafen aber keine weiteren Ver-

bindlichkeiten hat und mit seinem Anlagevermögen, seinen Grundstücken doch einen erheblichen Wert darstellt, ist diese Gefahr nur theoretisch.

**Beschluss:** Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht wird der Ablösung der Gesellschafterdarlehen der IHR GmbH mit einer Gesamthöhe von 280.163,40 EUR zugestimmt. Zur Ablösung nimmt die IHR GmbH ein Bankdarlehen auf, dass durch die Stadt Roßlau mit einer Ausfallbürgschaft in Höhe von bis zu 280.163,40 EUR besichert wird.

Die Stadt Roßlau gewährt der IHR GmbH aus den frei werdenden Mitteln in Höhe von 190.163,40 EUR ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von 50.000,00 EUR mit einer Laufzeit von 10 Jahren und einem Zinssatz von 3,5% p.a. für Investitionsmaßnahmen. Das Darlehen ist zwei Jahre tilgungsfrei.

Der verbleibende Betrag in Höhe von 140.163,40 EUR wird zur Haushaltskonsolidierung im Haushaltsjahr 2005 eingesetzt.

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	0	17	5	2

**6.12 Verkehrsentwicklungsplan**

. Vorlage: BV/0409/05-III/66

**Beschluss:** Der Stadtrat beschließt  
 1. Der Entwurf zum VEP der Stadt Roßlau- Stand Mai 2005- wird bestätigt.  
 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der berührten Träger öffentlicher Belange durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	0	21	3	0

**6.13 Wasserverband Westfläming - Wahl Vertreter der Stadt Roßlau**

.

Herr Koschig, Bürgermeister

Beim Studium der Verbandssatzung im Zusammenhang mit der Suche nach einem Stellvertreter des Vertreters des Wasserverbandes Westfläming wurde festgestellt, dass der Vertreter und der Stellvertreter zu wählen sind.

Bei der konstituierenden Sitzung wurde Frau Ebert von der ROWA als Vertreterin für die Verbandsversammlung benannt.

Herr Koschig schlägt vor, dies durch einen Wahlakt zu heilen.  
Für den Stellvertreter schlägt Herr Koschig Herrn Schmieder vor. Das Einverständnis von Herrn Schmieder liegt vor.

Auf Frage von der Vorsitzenden des Stadtrates, Frau Müller, ist der Stadtrat einverstanden, dies in offener Abstimmung zu tun.

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	0	24	0	0

Wahl des Stellvertreters des Vertreters der Verbandsversammlung Wasserverband Westfläming

Vorschlag: Herr Wolfgang Schmieder

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	0	24	0	0

**Beschluss:** Als Stellvertreter des Vertreters der Verbandsversammlung Wasserverband Westfläming wird Herr Wolfgang Schmieder bestätigt.

Wahl des Vertreters der Verbandsversammlung Wasserverband Westfläming

Vorschlag: Frau Margit Ebert

**Abstimmungsergebnis:**

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
24	0	24	0	0

**Beschluss:** Als Vertreter der Verbandsversammlung Wasserverband Westflä-ming wird Frau Margit Ebert bestätigt.

**6.14 Dringlichkeitsbeschluss gemäß § 62 Abs. 4 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt**

Im zurückliegenden Berichtszeitraum war es nicht notwendig einen Dringlichkeitsbeschluss zu fassen. Deshalb wird dieser TOP geschlossen.

Damit ist der öffentliche Teil der Sitzung des Stadtrates um 19:45 Uhr beendet. Nach dem die Öffentlichkeit die Beratung verlassen hat, wird die Sitzung fortgesetzt.

Roßlau, 19.02.08

---

Christa Müller  
Vorsitz Stadtrat

---

*2. Unterschrift*